

GEAS

Am 12. Juni 2026 wird die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz GEAS, in Kraft treten. Das ist auf jeden Fall ein Meilenstein. In welche Richtung entwickelt sich die europäische Flüchtlingspolitik mit dieser Reform, fragen wir den Rechts- und Sozialwissenschaftler Maximilian Pichl.

Vorab und in Kürze: Die GEAS-Reform legalisiert viele Abschottungspraktiken, die schon bisher in Europa so abliefen: Also vieles von dem, was wir in Griechenland, Spanien oder Italien an den Außengrenzen erlebt haben, wie beschleunigte Grenzverfahren ohne eine inhaltliche Prüfung der Asylanträge. Das wird jetzt Gesetz. Das verändert natürlich auch die rechtlichen Auseinandersetzungen, weil solche Verfahren auf einmal europarechtlich verankert sind. Das ist ein Problem auch für zukünftige Auseinandersetzungen. Im Endeffekt besteht eine große Ambivalenz: Auf der einen Seite haben wir Nationalstaaten, die sich alle über die EU beschweren und sagen, die EU würde eine harte Migrationspolitik verhindern. Auf der anderen Seite geht mit der GEAS-Reform die größte Europäisierung in diesem Bereich einher, die man sich vorstellen kann, weil fast alle Regelungen aus Richtlinien in Verordnungen übertragen werden, die unmittelbar anwendbar sind und dadurch eine viel stärkere Rechtsbindungskraft für die Nationalstaaten haben. Sie engen die Nationalstaaten an vielen Stellen der Migrationspolitik noch mal stärker ein als zuvor. Das ist ein Widerspruch zum öffentlichen Lamento der Nationalstaaten gegenüber der EU. Und trotz alledem darf man nicht vergessen, dass sich die Kräfteverhältnisse in der EU gerade ändern, und es rechte Mehrheiten für genau diesen Kurs der Abschottung gibt, um damit auch das, was die Nationalstaaten machen, zu legitimieren.

Die größte Wirkung wird GEAS an den Außengrenzen entfalten. Kannst du die wichtigsten Aspekte nennen?

Legalisiert wird zunächst das beschleunigte Verfahren in den sogenannten Grenzverfahren. Also etwas, das Griechenland schon lange praktiziert bei Menschen, die über angeblich sichere Drittstaaten kommen, wie die Türkei oder wenn man Syrien auf einmal als „sicheren Drittstaat“ deklariert. Die Anträge werden dann schnell

bearbeitet und im Zweifelsfall abgelehnt. Die Idee ist, dass man aus den Grenzverfahren heraus die Menschen abschiebt. Damit löst man diese Abschiebeprobleme nicht, die es bisher schon gab. GEAS bringt auch hier eine Legalisierung von schon bekannten Praktiken. Neu ist, dass es jetzt eine sogenannte flexible Solidarität geben soll. Also die Mitgliedstaaten müssen in einen sogenannten Solidaritätspool bestimmte Beiträge leisten, das kann finanzieller Art sein oder sie

übernehmen Menschen im Rahmen einer Relocation oder sie liefern operationelle Unterstützung zur Grenzsicherung. Die Idee: Außengrenzverfahren im Gegenzug zur Solidarität mit den Außengrenzen-Staaten der EU. Wir konnten in diesem ersten Zyklus, in dem diese Beiträge verhandelt werden sollten, aber schon sehen, dass eigentlich alle Mitgliedstaaten sehr zurückhaltend reagierten. Fast alle haben behauptet, sie seien überlastet und seien deshalb von den Solidaritätsleistungen ausge-

OBSERVED

nommen. Der große Wurf – gemeinsam die Verteilungen Geflüchteter in Europa zu organisieren – ist ausgeblieben. Das, was die südeuropäischen Staaten haben wollten, ist nicht eingetreten und so ist der Anreiz für diese Staaten gering zu sagen: Wir nehmen diese Leute alle in diese Grenzverfahren auf und sind verantwortlich für die Verfahren. Die Konsequenz dürfte deshalb noch mal verschärfte Pushbacks sein um Leute abzuhalten, reinzukommen, und bei den Menschen, die drin sind, nicht so genau hinzuschauen und hoffen, dass die sich von alleine in andere EU-Staaten aufmachen.

Die Aufnahmerichtlinie ist das einzige Regelwerk, das keine Verordnung wurde. Sie regelt unter anderem die Unterbringung, die Gesundheitsversorgung, die Bewegungsfreiheit, das Recht zu arbeiten, den Schulbesuch. Warum ist das noch eine Richtlinie?

Es gibt große Schwierigkeiten, dass sich die EU-Mitgliedstaaten hier auf eine Verordnung einigen und die Aufnahme mit einer so starken Rechtsverbindlichkeit festschreiben wie etwa beim Thema Abschiebung. Das bedeutet jedoch, dass wir ein zentrales Problem im GEAS fortführen, nämlich die miserablen Aufnahmebedingungen in den Staaten an den Außengrenzen. Menschen werden der Obdachlosigkeit anheimgestellt, haben keinen Zugang zu

Leistungen, keine ordentlichen Unterkünfte. Zwar sagt die Aufnahmerichtlinie eindeutig, dass all das gewährleistet werden muss, aber wie sie es tun, das steht den Nationalstaaten offen. Zudem besteht ein Durchsetzungsproblem des Europarechts an dieser Stelle. Es gibt ja beispielsweise als eine der wenigen positiven Aspekte der GEAS-Reform Verbesserungen des gleichen Zugangs zur Gesundheitsversorgung und zur Schulpflicht für junge Geflüchtete wie für die Einwohner*innen des jeweiligen Nationalstaats. Ob sich das aber in allen Staaten durchsetzen lässt, ist die große Frage. Die Reform zeigt, dass man da, wo es um die Aufnahme der Leute geht, sehr zurückhaltend ist mit durchsetzungskräftigen Rechtsinstrumenten.

Kommen wir mal zur Situation in Deutschland. Was bringt GEAS mit für Geflüchtete in Deutschland?

Ich denke, ein großer Unterschied wird sein, dass wir mehr Inhaftierungen erleben werden. Wo Transitbereiche bestehen, wird es Grenzverfahren an den Flughäfen in Deutschland geben. Da baut man jetzt bereits Haftzentren stärker aus, weil die Menschen in den Grenzverfahren erst mal in diese de facto Inhaftierung kommen. Die Fiktion der Nichteinreise kennen wir schon aus dem deutschen Flughafenverfahren. Das wird nur ausgeweitet auf eine erheblich größere Gruppe und auch über eine längere Zeitdauer.

Bisher lief das Flughafenverfahren relativ zügig innerhalb von gut zwei Wochen ab. Jetzt bekommen wir eine Situation, in der Menschen sich 12 Wochen im Grenzverfahren befinden und vielleicht anschließend noch mal 12 Wochen in einem möglichen Rückkehrverfahren. Da werden wir ein vermehrtes Aufgreifen von Personen erleben, die sich nach Deutschland durchgeschlagen haben und die dann von der Bundespolizei in diese Grenzverfahren gebracht werden. Diese Menschen müssen einem Screening unterzogen werden, das kann man nicht einfach an der Grenze durchführen, sondern das wird in bestimmten Aufnahmeeinrichtungen stattfinden. Auch das wird ein großer Unterschied sein.

Die GEAS-Reform tritt am 12. Juni in Kraft, und zugleich wird schon an Änderungen gearbeitet, gibt es eine Reform der Reform? Welchen Stellenwert wird diese GEAS-Reform haben?

Die Europäische Union hat mit der GEAS-Reform drei Ziele verbunden: die Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten herzustellen, die extreme Rechte zu schwächen und Schengen, das Bewegungsfreiheit ohne Grenzkontrollen in der EU garantiert, zu erhalten. Und ich denke, alle drei Ziele hat die Kommission nicht erreicht. Also bereits kurz nach Verabschiedung der Reform sind viele Nationalstaaten einen eigenen Weg gegangen,

wenn man sich das Albanien-Italien Modell anschaut oder auch das einseitige Außerkraftsetzen des Asylrechts in Griechenland oder in Polen. Was wir auch sehen können, ist, dass die extreme Rechte überhaupt nicht geschwächt ist, sondern im Europaparlament werden mit ihr Mehrheiten gefunden für härtere Abschieberegelungen. Und entgegen der Ankündigung, man wolle die Binnengrenzkontrollen wieder aufheben, werden die ja auch über die Inkraftsetzung von GEAS fortgeführt, wie das deutsche Bundesinnenministerium mitgeteilt hat. Fazit: Alle drei Ziele sind bisher fehlgeschlagen.

Ist es plausibel, dass viele Menschen in Zukunft durch die Zunahme der Repressionen und der wachsenden Kontrolle der Bewegungsfreiheit versuchen, sich dem zu entziehen und sich in irreguläre Verhältnisse und Arbeitsmärkte zu flüchten?

Das ist eine Annahme, die viele Migrationsforscher*innen teilen, und

erhöhte Anzahl von Personen bekommen, die natürlich auch Opfer von Ausbeutung werden können. Es könnte ein Nebeneffekt dieser GEAS-Reform sein, dass sich auch Schleusernetzwerke in Europa darauf einstellen und Menschen beraten oder dahin lotsen, wo sie vermuten, dass man sich behördlichen Zugriffen entziehen kann.

Wenn es mehr Kontrollen gibt, mehr Versuche, die Leute fernzuhalten, ist das eine Entwertung dessen, was wir als europäisches Asylsystem kennen?

Es gab in den vergangenen zehn Jahren sehr hohe Anerkennungsquoten Geflüchteter, was darauf hindeutet, dass es viele Menschen mit nachweisbarem Schutzbedarf gab. Natürlich unterliegen solche Asylverfahren auch immer politischen Konjunkturen und werden gesteuert. Jetzt sehen wir, dass versucht wird, politischen Einfluss zu nehmen und die Zahlen zu drücken. Wenn die Quoten nach unten gehen, bedeutet das, dass Menschen weiterhin hier sein wer-

Das sind Nebeneffekte dieser Reform, die auf lange Sicht große Probleme bereiten können.

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez hat eine Regularisierung angekündigt, das heißt, eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Personen, die sich mindestens ein Jahr illegalisiert im Land befinden und einen Job haben. Ist zu erwarten, dass das jetzt auch wieder zu Kritik bei den anderen EU-Staaten führt? Wären Regularisierungen etwas, worüber wir in Europa debattieren sollten?

Spanien hat eine Sonderrolle. Erstens diese lange Geschichte der Regularisierungskampagnen. Zweitens ist Spanien von der demografischen Krise deutlich schärfer betroffen als andere Länder. Aufgrund der Wirtschaftskrise Anfang der 2010er Jahre sind viele junge Menschen aus Spanien zumindest zeitweilig ausgewandert. Ich glaube, in die Regularisierung spielen auch spezifische politische Faktoren hinein, weswegen nicht zu erwarten ist, dass das überall in Europa Nachahmer finden wird.

Menschen rutschen in die Rechtlosigkeit ab und werden

der ich mich anschließen würde. Wichtig ist hier auch die Vorenthaltung von Sozialleistungen für Menschen, die sich im Dublin-Verfahren befinden. Bisher haben sich Geflüchtete bei den Behörden gemeldet, und haben versucht, über einen Asylantrag eine Regularisierung zu erreichen. In Staaten wie Italien oder Spanien war der Grad der Illegalisierung höher als in Deutschland. Ich denke, wir werden dann in der Schattenwirtschaft und in irregulären Arbeitsverhältnissen eine

den, aber viel weniger Rechte haben werden. Und ich glaube, über diese Effekte macht sich die Politik bisher noch nicht so große Gedanken, obwohl es für eine Gesellschaft problematische Spaltungseffekte haben kann. Menschen rutschen vermehrt in die Rechtlosigkeit ab und werden dadurch leichter Opfer von Ausbeutungsstrukturen. Problematisch finde ich auch, dass es keine Anreize gibt sich in die Gesellschaft zu integrieren, weil die Gesellschaft das ja nicht will.

Einen europäischen Effekt kann es trotzdem haben, weil durch eine Regularisierung in Spanien nach bestimmten Fristen auch die Möglichkeit der Weiterreise in andere EU-Staaten besteht. Es gibt massive Kritik an den Regularisierungsplänen innerhalb Spaniens von rechten Parteien wie VOX. Zugleich wurde die Regularisierung in Spanien von einer großen zivilgesellschaftlichen Bewegung, den Kirchen und den Willkom-

mensbewegungen nach 2015 gestützt und gefordert. Ich glaube aber nicht, dass die Regularisierung eine wirkliche Kompensation sein kann für das, was durch GEAS wegfällt oder wo die Zugänge gekappt werden. Für viele der Migrantinnen und Migranten, die nach Spanien kommen, bräuchte es eigentlich ganz andere Modelle, etwa Visa für eine zirkuläre Migration. Viele wollen vielleicht gar nicht die ganze Zeit in Europa bleiben, sondern für eine Weile in Europa sein und arbeiten und dann wieder in ihre Herkunftsstaaten zurückkehren. Und dann vielleicht wieder mal nach Europa kommen. Aber solche Modelle zirkulärer Arbeitsvisa gibt es nicht. Also entweder du kommst rein und bleibst oder du kommst nicht rein. Wir haben hier eine Situation, die sicherlich nicht sinnvoll ist für die Arbeitsmarktverhältnisse. Und es stellt sich die Frage, ob fern des Asylsystems in Europa angesichts der virulenten Demografie-Krise, die alle Staaten betrifft, nicht eine wirtschaftliche Ratio verlangt, in der Arbeitskräfte-Einwanderung noch mal kreativer zu werden. Hier kann ich mir schon vorstellen, dass kapitalistische Logiken mehr

gime unglaublich viel Geld verschlingt, Milliarden von Euro in der ganzen *Europäischen Union*, die man nicht in Integration und Aufnahme steckt, sondern in den Versuch des Festsetzens der Menschen in Lagern und in den Aufbau von Lagern. Das wird noch mal verstärkt der Fall sein bei den Return Hubs, die jetzt angedacht werden. Zur Erinnerung: Das Ruanda-Modell hat fast 800 Millionen britische Pfund gekostet. Das Albanien-Modell 600 Millionen Euro. Das sind wahnsinnige Summen, die da verpulvert werden. Und da sieht man zugleich, dass diese europäische Migrationspolitik nicht in jeder Hinsicht der ökonomischen Logik folgt, sondern ganz andere Fragen eine Rolle spielen, wie Abschottung und Rassismus sowie Menschen fernhalten und Menschen kontrollieren wollen. Auch ein System, das auf de facto Inhaftierung setzt, wird massiv Ressourcen verschleifen.

Einige Staaten, wie Ungarn und Polen haben schon gesagt, dass sie sich bei GEAS vor allem nicht an den Solidaritätsmechanismus halten. Wir sehen beim deutschen Innenminister Alexander Dobrindt, dass dessen Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen

hingegenommen werden, jetzt auch zu Rechtsbrüchen innerhalb von Europa führen. Und ich sehe da auch nicht, dass das sich abmildern würde. Ganz im Gegenteil. Auch im neuen GEAS gibt es keine wirksamen Instrumentarien, um das bestehende Recht durchzusetzen. Allein bei dem Solidaritätsmechanismus, vertraut man auf den Goodwill der Staaten sich daran zu beteiligen. Und wenn Ungarn oder Polen sagen, wir machen das nicht mit, dann hat die Kommission nicht mehr viel in der Hand, um das durchzusetzen. Ich glaube, hier sieht man ganz deutlich, dass eines der zentralen Ziele von GEAS, nämlich den Streit zwischen den Mitgliedstaaten beizulegen, nicht erreicht wird. Und diese Hervorhebung angeblicher nationaler Interessen durch zum Beispiel Ungarn oder Polen existiert ohne große Unterschiede zwischen rechtsautoritären Kräften und den demokratischen Kräften in Europa.<

Maximilian Pichl ist Rechts- und Sozialwissenschaftler. Seit 2025 ist er Professor für Recht der Sozialen Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences.



dadurch leichter Opfer von Ausbeutungsstrukturen

Möglichkeiten der Anwerbung oder der Einreise verlangen.

Wenn wir die Folgen der GEAS-Reform in den Blick nehmen. Braucht es mehr Polizei und Behörden, um das überhaupt umsetzen zu können?

Es fällt in der Diskussion oft hinten runter, dass dieses Grenzre-

auch Asylsuchender europäisches Recht missachtet. Ist diese verstärkte Ignoranz und offene Missachtung des europäischen Rechts etwas, das wir bei GEAS mitbedenken müssen?

Wir sehen, dass Rechtsbrüche an den europäischen Außengrenzen, die schon seit Jahrzehnten

Das Gespräch führte
Stephan Dünnwald.